

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 6 (1926-1927)
Heft: 5

Artikel: Englische Politik in China
Autor: Reinhard, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-329435>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

bürgerlichen verbündeten Parteien in einer fiskalischen Frage vollständig schlug. Was sollen wir jetzt tun? Die Sozialdemokratische Partei ehrt den Volksentscheid, der sich am 5. Dezember gegen eine Unterstellung der vergrößerten Stadt unter Vormundschaft, aber für eine neue Abgrenzung der Aufgaben zwischen Staat und Gemeinde und für Eingemeindung der 4 Gemeindeverwaltungen, der Stadt, Plainpalais, Caux-Vives und Petit-Saconnex ausgesprochen hat: Ein autonomes Großgenf.

In diesem Sinn wurde eine Initiative von den Sozialisten lanciert und wir zählen darauf, rasch zum Ziel und zum Sieg zu gelangen. Auf diese Weise wird sich die administrative Reform und die Eingemeindung in Genf verwirklichen, gemäß den Grundsätzen, welche die Genfer sozialdemokratische Partei schon seit Jahren verficht.

Englische Politik in China.

Von Ernst Reinhard.

Mehr als ein Jahrhundert lang hat der englische Kapitalismus in China den westeuropäischen überhaupt dargestellt. Portugiesen, Spanier und Holländer sind vor den Engländern in China gewesen und haben dort die Handelsbeziehungen aufgenommen; die europäischen Kirchen haben in China ihre Niederlassungen gehabt und versuchten, den chinesischen Geist in einen westlichen umzuwandeln. Die Portugiesen und Spanier wichen der nationalen Opposition; die Holländer konnten sich unter die chinesischen Gesetze geduckt halten; die christlichen Kirchen haben vom Gebäude der chinesischen Volksgemeinschaft nur Splitter abgetrennt. Von bestimmendem Einfluß ist nur England gewesen, dessen Expansion von seinem jungen Kapitalismus getragen wurde. Seit die Engländer sich nach der Gesandtschaft des Lord Macartney in Kanton einnisteten, haben sie sich nie mit der Rolle des Geduldeten begnügt, sondern versucht, in ständiger Offensive das Land sich zu unterwerfen. Ein Jahrhundert lang hat der englische Kapitalismus die Rolle des Angreifers gespielt. In seinen Stufen gingen die Franzosen, und nicht zuletzt die Deutschen und die Japaner; seinetwegen erfolgte die russische Ostasienpolitik, die für das heutige Asien die Kräfte der Abwehr gegen den englischen Kapitalismus mehr ungewollt als gewollt großgezogen hat. Solange England in der Offensive war, solange sein Kapitalismus seine industrielle und militärische Vormachtstellung ausnützen konnte, ist es nie vor einer Vergewaltigung der chinesischen Nation zurückgeschreckt. Die Greuelfrieden von Nanking und die Taten, die zu ihnen führten, die Beschießung von Kanton, Ning-Po, die Verwüstung von Peking, der Raub Hongkongs und Weihaiweis, das alles geht auf Englands Rechnung. Nirgends wird der Wandel der Zeit deutlicher, als wenn man erwägt, wie sehr England heute die Offensive aus der Hand gewunden ist, und wie entschieden es sich in eine ganz hoffnungslose Defensive gedrängt sieht.

Es steht heute in Ostasien nicht mehr allein. Neben ihm ist der Einfluß Japans, der Vereinigten Staaten, Russlands mächtig geworden, und alle diese Staaten hat es sich mehr oder weniger zu Feinden gemacht. Offen, unverhüllt und auf lange Tradition gestützt ist die Gegnerschaft zu Russland. Das sowjetistische Russland befolgt in Ostasien die genau gleiche Politik wie das alte zaristische Russland. Es ist in den Methoden etwas anders geworden, in denen es von Amerika gelernt hat. Die freundliche Behandlung Chinas, die Rückerstattung der Boxerentschädigung erfolgte genau nach dem amerikanischen Muster und war ebensogut wie bei Amerika Mittel zum Zwecke. Durch sie sollte der bewußte und große Gegensatz zu Englands Politik der Vergewaltigung geschaffen werden; ganz zweifellos ist das auch gelungen. China und Russland erblicken in England heute den gemeinsamen Feind. Und wenn auch China so wenig bolschewistisch wird, wie das alte Zarenrussland infolge seines Bündnisses mit Frankreich etwa demokratisch wurde, so ist doch diese Interessengemeinschaft heute tragfähig genug, um eine immer deutlicher in Erscheinung tretende Waffenbrüderschaft zu begründen. Russisches Material und russische Offiziere organisieren die Kriege der Kantonesen gegen den Norden, in dessen Reihen das englische Material und die japanischen Offiziere die gleiche Rolle spielen.

Aber diese offene Gegnerschaft ist lange nicht das Schlimmste. Viel gefährlicher wird die lauernde, sich unter der Maske der Freundschaft klug und raffiniert versteckende Feindschaft Japans und Amerikas. Das alte englisch-japanische Bündnis war eine starke Bindung für Japan, wenigstens so lange, als England imstande war, die Innenhaltung dieses Bündnisses auch durch eine entsprechende militärische Macht zu erzwingen. Japan hat sich um das Bündnis im Kriege kaum gekümmert. Als die englische Politik dazu überging, dieses Bündnis aufzulösen und Japan durch den Neunmächtevertrag von Washington zu isolieren, da glaubte man in London, Japan schachmatt gesetzt zu haben. Aber es zeigt sich auf die Dauer, daß Japan diese Isolationslinie längst überschritten hat, und daß es gestützt auf seine nahe Flotte und sein Heer sich kräftiger fühlt als England, dessen Flotte viel tausend Meilen entfernt liegt. Japan wartet zunächst ab. Es hat in Ostasien nicht viel zu verlieren, aber es kann ungeheuer viel gewinnen. Es sah früher im chinesischen Nationalismus seinen stärksten Gegner und war deshalb gar nicht abgeneigt, mit England gemeinsam vorzugehen. Aber heute haben sich die Ansichten geändert. Unter dem Druck der japanischen Volksmeinung, stärker aber noch unter dem Einfluß des selbständig gewordenen japanischen Kapitalismus wird diese Ansicht aufgegeben. Ganz offensichtlich arbeitet die japanische Politik daran, den chinesischen Nationalhaß von sich ab und auf England zu leiten. Die japanische Politik arbeitet mächtig an der Isolierung Englands in Ostasien. Sie läßt sich auf keinen Fall zu militärischen Unklugheiten gegen China hinreissen, sondern sähe es ganz gerne, wenn eine starke nationalistische Welle England aus China hinausfegte oder ihm doch derartige Schwierigkeiten mache, daß die

Ereignisse zum Kriege führen müßten. Dann böten sich für Japan zwei Möglichkeiten. Entweder führt dann England den Krieg mit eigenen Truppen, vielleicht gemeinsam mit Frankreich und Italien, vielleicht auch noch mit den Niederlanden und mit Belgien, deren alte Vorrechte ebenfalls bedroht sind, und in diesem Falle wird sich Japan ganz entschieden auf die Seite Chinas stellen. Es wird auf keinen Fall dulden, daß sich England noch fester setze. Die Folgen dieser Gegnerschaft sind unabsehbar. Oder England erkennt — und das ist das Wahrscheinlichste —, daß es allein in China nichts ausrichten kann, daß vor allem seine Landarmeen kaum so rasch und nachdrücklich nach China geworfen werden könnten, wie das in einem Krieg gegen ein Vierhundertmillionenvolk nötig wäre, und es zieht daraus die Konsequenzen, die seiner Politik vertraut sind. Es sucht sich in Ostasien, wie bisher in Europa, den Festlandsdegen, der bereit ist, für es zu fechten. In diesem Falle wird sich Japan anbieten. Das aber wird es nur tun, wenn England bezahlt. Und die Kosten werden sehr hohe sein. England wird seine alte Vormachtstellung an Japan abtreten müssen, man wird ihm noch Hongkong lassen, aber es aus dem Tale des Blauen Flusses herauswerfen. Das wird der Anfang vom Ende sein. Kurz: England wird sein Verbleiben in China schließlich mit seinem Hinauswurf bezahlen müssen. Dieses Paradoxon kennt man an der Downing-Street ganz gut. Nicht weniger unsicher ist die Haltung der Vereinigten Staaten. Der englisch-amerikanische Gegensatz in der Gummi- und in der Petropolitik ist nur mit Mühe verwischt worden. Gewisse Abkommen zwischen den amerikanischen Interessenten, vor allem der Standard mit der Royal-Dutch Combine und der Anglo-Persian, haben zwar das schlimmste Gift beseitigt. Insgeheim hofft man noch, zu einem allumfassenden Petroleumtrust zu kommen. Aber der stärkere industrielle und vor allem der finanzielle Gegensatz besteht und drängt zum Austrag. Amerika unterstützt keineswegs mehr die chinesischen Condottieri des Nordens. Ganz deutlich läßt sich die amerikanische Unterstützung schon in Kanton nachweisen. Tschang-Kai-Tschek, der militärische Führer der Kantonesen, hat lebhaft sehr angriffslustige Worte gegen England gerichtet, aber Amerika deutlich einer zarteren Behandlung unterzogen. Er warf den Vereinigten Staaten vor, man wisse noch nicht recht, ob sie ihren Imperialismus abgeschworen hätten, weil sie die Philippinen nicht freigeben. Aber diese leise Kritik ist mehr als Kompliment eines Realpolitikers an die Adresse der Panasiaten zu werten. Einem Manne, der aus der Schule Sun-Yat-Sens herausgegangen ist, kann der wahre Charakter der amerikanischen Politik nicht verborgen bleiben. Er müßte dafür ja nicht nur das Beispiel der Philippinen, sondern auch der amerikanischen Interventionen in Mittel- und Südamerika schlecht kennen. In der Union wie in Russland verübt man eine imperialistische Politik nicht gegen China, sondern mit China und gegen England. Diese Kräfte kann der chinesische Süden natürlich außerordentlich gut brauchen, und er versteht auch, sie für seine Politik nutzbar zu machen. So befindet sich England in einer tragischen „Splendid Isolation“.

Einst war es stolz auf diese Tatsache, heute empfindet es sie als verderblich und sucht aus ihr herauszukommen. Seit zwei Jahren leidet seine Volkswirtschaft unter ihr.

Die Zusammenstöße von Shanghai, die Konflikte mit Kanton, der Boykott von Hongkong, die völlige Ausschaltung der englischen Waren aus dem chinesischen Handel haben seine Kapitalisten schwer getroffen. Der Vorstoß der Kantonesen nach Mittelchina, die Besetzung der reichen Städte im Jangtsetal haben auch seine politischen Hoffnungen geknickt. Das kühle Zuwarten Japans, das stillschweigende Einverständnis der Union, die offene Förderung der chinesischen Revolution durch Russland haben ihm den Abgrund aufgerissen, vor dem es schaudernd steht. Es spürt das Erwachen eines Kontinents, den seine Kapitalisten bisher geknechtet haben, der sich aber langsam und sicher seinen Griffen entwindet. Persien ist frei; die Türkei hat sich ihren Platz an der Sonne erzwungen; Afghanistan, um dessen Besitz Bäche englischen Soldatenblutes geflossen sind, hat sich heute fast völlig vom englischen Einfluß befreit; in Indien regt sich die Swaraibewegung immer kräftiger, ohne daß sie es zu einem offenen Konflikt kommen ließe, und zu allem machen sich Bündnisbestrebungen unter den asiatischen Völkern geltend; sie gehen gegen den Westen; aber wer in Asien Westen sagt, meint England, immer England. Japanische Kriegsschiffe besuchen die Türkei; in Odessa findet eine Zusammenkunft statt, an der offiziell nur Türken und Russen teilnehmen, inoffiziell, und gerade deswegen viel wichtiger, Afghanen, Chinesen und Japaner. Ein Kontinent von 800 Millionen Menschen wehrt sich gegen die Übermacht eines Volkes von 40 Millionen, aus denen nur einige Hundert die wirkliche Herrschaft ausüben. Niemand kann im Zweifel sein, wie letzten Endes dieser Kampf ausgehen werde; niemand kann etwas anderes erwarten, als daß England eines schönen Tages von dieser Masse zerschmettert wird. Denn das Tragische in der Entwicklung liegt doch darin, daß englische Kapitalisten, genau so wie sie China industriell gegen ihr eigenes Mutterland bewaffnet haben, China und allen asiatischen Nationen die Waffen verkaufen und die Methoden lehren, mit deren Hilfe einst die englische Weltherrschaft in den Staub geworfen werden soll. England zerstört sich selbst von ihnen heraus.

Ein Mann wie Chamberlain sieht diese große Entwicklungslinie nicht voraus. Aber er ahnt doch, mit dem untrüglichen Instinkt einer Klasse, die in der Weltherrschaft Erfahrung hat, daß mit kriegerischen Methoden nicht auszukommen ist. Er hat zwar lange gebraucht, bis er dahin kam. Im Kantonkonflikt ließ er Shameen beschließen. Tausende von wehrlosen Chinesen kamen um. In den letzten Konflikten beschossen englische Kriegsschiffe die offene Stadt Wan-Shien; fünftausend Menschen, nach englischer Quelle nur dreitausend, wurden hingeschlachtet. Aber aus den Gebeinen dieser Opfer erstehen die Rächer des geschlachteten Volkes; die chinesische Volkheit wurde durch diese Schlächtereien nicht geschwächt, aber mit rasendem Haß gegen England erfüllt. Das sieht Chamberlain. Und vor der Tatsache, daß englische Kriegsschiffe heute das englische Ansehen in China nicht retten können,

dass ihre Kanonen nur China aus dem Schlaf wecken und zum Widerstand rufen, vor der weiteren Tatsache, dass dieser Widerstand unterstützt wird von den Verbündeten Englands aus dem Neumächtevertrag, von der Union und Japan, dass offen zum Widerstand gerufen wird von Russland, das im Westen seine Freundschaft sucht, kann die englische Politik nichts anderes tun als abwarten.

Aber gerade dieses Warten passt den China-Engländern nicht. Sie, die mitten in China geschädigt werden, deren Handel zugrunde geht, können und wollen nicht verstehen, dass England nicht handelt. Jedes englische Kriegsschiff, das die Rebellenstädte zusammenschießen würde, fände ihren lauten Beifall. Und darum mehren sich auch die Wünsche, die Forderungen, die offenen Befehle an England, einzugreifen. Die „Times“ macht sich zum Sprachrohr dieser Politik. Die liberale Presse, unter ihnen vor allem der „Manchester Guardian“ und der „Economist“, verteidigen mit allen Mitteln die Politik der konservativen Regierung gegen ihre konservativen Anhänger. Chamberlain hat bis dahin nicht nachgegeben, weil er nicht nachgeben darf, ohne alles aufs Spiel zu setzen. Aber wie lange wird der Widerstand der Regierung noch währen gegen die Einflüsse jener Gruppen, die doch in der Regierung sonst alles zu sagen haben? Die Beantwortung dieser Frage entscheidet die Weltpolitik.

Kann aber England nicht mit eigenen Truppen fechten, dann wenigstens mit chinesischen gegen China selbst. Bis dahin hatte es auch militärisch streng die Forderung nach der Abtrennung der Interessensphären aufrechterhalten. Aber was nützen solche Interessensphären, wenn sie an chinesische Nationaltruppen verlorengehen. Diese Politik kann nicht mehr fortgesetzt werden, seit der militärische Organisator der englischen Interessensphäre, der General Wu-Pei-Fu, bis zur Vernichtung geschlagen worden ist. Es nützt nichts, man muss die Zusammenarbeit suchen, so schwer sie auch fällt. Hier trifft sich die Linie der englischen Politik streckenweise mit der japanischen.

Japans Ziel ist es, auf irgendeine Weise den chinesischen Norden, der feudal gesinnt ist und der Demokratie des Südens zu verschiedenen Malen seine unmöglich verständliche Abneigung zeigte, unter japanischem Protektorat an Japan anzuschließen. Eine Weile bestand sogar der Plan, ein nordchinesisch-japanisches Kaiserreich mit Peking als Hauptstadt aufzurichten. Er dürfte als zu phantastisch wieder aufgegeben sein. Aber auf keinen Fall ist Japan bereit, Korea und die Mandschurei aus den Händen zu geben. Sein Kapitalismus bedarf der beiden Länder um der mineralischen Rohstoffe willen, die sie bergen, nicht weniger aber auch als strategischer Vorstellung, die einerseits einen Angriff auf das japanische Kernland vom Festland her unmöglich macht, anderseits aber den wirtschaftlichen und politischen Ausfall nach Nordchina und bis in die nach jeder Richtung bedeutenden Täler des Jangtse erlaubt. Eine allzu offene Annexion der Gebiete hätte den Konflikt mit Russland, vielleicht auch mit England heraufbeschworen, das um seine Interessen in Weihaiwei und im Jangsetal zu fürchten hatte. Japan aber sucht diesem offenen Konflikt auszuweichen, da er

ihm auch im besten Falle eine Schwächung zufügen müßte, welche letzten Endes für die Union das große Spiel gewinnen müßte. So hat es sich, ganz nach englischem Muster, den mandschurischen Räuberhauptmann Tschangtsolin als Condottieri gekauft und läßt ihn, mit japanischem Geld und japanischen Waffen, die Mandschurei für Japan halten und die Kriege für Japan in China führen. Aber es ist, bei der allgemeinen Unsicherheit der Lage, viel zu vorsichtig, um seine Politik nur auf Tschang zu stellen. Während Tschangs Truppen die Heere Kantons befehdten, suchen japanische Emissäre mit der Regierung von Kanton in ein vertragliches und verträgliches Verhältnis zu kommen. Es hat sich wohl gehütet, seine Kriegsschiffe schießen zu lassen, obwohl im Konflikt von Shanghai seine Interessen ebenso schwer bedroht waren, wie die Englands. Es ließ England schießen und sich verhaft machen. Es läßt Chinesen gegen Chinesen kämpfen. Bei allem erreicht die japanische Politik eine ungeheure Stärkung auf dem Festland und eine gewollte Schwächung der englischen Position.

Gerade weil Japan so vorsichtig vorgeht und sich nirgends exposiert, kann es nun dazu übergehen, seinen Söldnerführer Tschang ein Bündnis mit dem englischen Subjekt Wu-Pei-Fu schließen zu lassen. Man darf heute, da die Armeen des Nordens sich zusammenschließen, um gemeinsam gegen den demokratischen und nationalen Süden zu marschieren, nie vergessen, daß Japan mit seiner Politik zwei Ziele verfolgt: Die Stärkung seiner eigenen Macht in China und die Schwächung der englischen Stellung, daß es sich zur Erreichung dieser Ziele auch zweier Mittel bedient, der Bekämpfung der kantonesischen Regierung indirekt durch Tschang und ebenso indirekt der Unterstützung der kantonesischen Regierung. Das macht die englische Politik in Ostasien so unsicher. Sie trifft auf der einen Seite die laue Freundschaft, auf der andern Seite die erbitterte Feindschaft Japans. Worauf kann sie sich verlassen?

Solange sie abwarten kann, wird der Konflikt nicht offen ausbrechen. Aber die große Frage ist, wie lange ihr dieses Abwarten — ich betone, trotz des besten Willens — gelingt. Je weiter sich die Kantonstruppen Shanghai nähern, um so bedrohter wird Englands Stellung, um so deutlicher werden die englischen Kapitalisten, die in China sitzen, den Austrag mit den Waffen verlangen. Ganz sicher ist, daß die zahlreichen Interessenten an der bisherigen Wirtschaftspolitik in China, die in England selbst sitzen und dort einen einflußreichen Teil der konservativen Partei, aber auch der liberalen, bilden, eines Tages rücksichtslos die bewaffnete Intervention verlangen werden. Gelingt es aber den Nordtruppen, die Kantonesen zu schlagen und sie aus dem Yangtsetal wiederum zurückzudrängen, so wird die Wut des Südens sich am Perlfluß bemerkbar machen, und um Hongkong, Kanton und Shameen muß es zu Zusammenstößen kommen, die wiederum den kriegerischen Austrag nach sich ziehen werden. Was in diesem Falle die europäischen Mächte tun werden, braucht nicht mehr gesagt zu werden. Der offene Konflikt mit China bringt sicherlich den Zusammenstoß mit Japan, Amerika, Russland mit sich, und es

wird nur eine Frage kühler Berechnung sein, auf welche Seite sich diese Mächte dann schlagen werden. Bedeutender aber ist die heute nicht mehr zu verkennende Tatsache, daß jeder Angriff einer westlichen Macht das chinesische Volk von Norden nach Süden, über alle Parteien hinweg, einigt. Der Nationalismus Chinas ist vom westlichen Kapitalismus geweckt und in westlichem Sinne verdorben worden. Es ist äußerst interessant, festzustellen, wie im Grunde genommen die alte, machtlose Zentralregierung in Peking die Parolen aus dem Süden aufnimmt. In ihren letzten Noten an Frankreich, Belgien, Japan, England hat diese Regierung Töne angeschlagen, nicht zuletzt im Memorandum an den Völkerbund, die deutlich genug zeigen, daß trotz aller Gegnerschaft zu Kanton diese haltlose Regierung sich als Vollstreckerin des Willens Kantons betrachtet, und daß sie sich als Beauftragte und im Schutze der Kantonregierung fühlt, die sie heute auf Befehl Englands und Japans bekämpft.

Soll aber aus dieser Politik nicht das allgemeine Verhängnis entspringen, dann ist es vor allem nötig, daß in England die Einsicht wächst, daß die Methoden der Außenpolitik gegenüber China gründlich geändert werden müssen. Wenn die nächsten Wahlen wiederum eine Arbeiterregierung ans Ruder bringen sollten, dann wird es ihre größte und dringendste außenpolitische Aufgabe sein, zu erklären, daß sie sich an die ungerechten und schmachvollen Abkommen mit der chinesischen Regierung nicht gebunden fühle, sondern daß sie bereit sei, das Verhältnis zu China sofort auf dem Boden der Gleichberechtigung neu zu regeln. Das muß die internationale Arbeiterschaft von der englischen Arbeiterschaft erwarten, weil sie, die internationale Arbeiterschaft, in einem neuen Weltkriege die Kosten für die Fehler der englischen Politik zu tragen hätte. Es darf nicht als Unmaßung ausgelegt werden, wenn scheinbar unbeteiligte Länder diese Verhältnisse in der Internationale zur Sprache bringen und von den englischen Genossen eine Aktion in diesem Sinne verlangen. Jedenfalls wird es nicht zu umgehen sein, daß man den direkt Interessierten bedeutet, daß vom Standpunkt des internationalen Proletariats aus eine Politik, wie sie jetzt Vandervelde anlässlich der Kündigung des belgisch-chinesischen Vertrages treibt, einfach nicht mehr zu verstehen ist. In einem solchen Augenblick ist es ein Unzeichen moralischer und politischer Schwäche, wenn man nach juristischen Formeln vorgehend ums Teufels Gewalt ein altes Unrecht beibehalten will. Hier muß von den Vertretern der Arbeiterschaft in der Außenpolitik verlangt werden, daß sie den Mut haben, sich ganz unmäßigverständlich von den alten, verhängnisvollen Methoden der kapitalistischen Außenpolitik freizumachen und eigene Wege zu gehen. Man muß das tun, wenn wir nicht alle dem Abgrund zujagen wollen. Wenn England durch die Arbeiterschaft diese Politik treiben kann, dann macht es große Weltpolitik im proletarischen Sinne und sichert damit den Weltfrieden viel nachdrücklicher, als alle Abrüstungskomödien in Genf das tun könnten. Die bisherige englische Politik sucht die alte des Unrechts durch allerlei Kniffe und Geheimmittel weiterzusezen, die neue des Proletariats muß den Mut haben, sich auf den Boden des

Rechts zu stellen, nicht nur im Interesse des chinesischen Volkes, sondern vor allem aus im Interesse der englischen Arbeiter und der europäischen.

* * *

M a c h s c h r i f t. Die Ereignisse vollziehen sich rascher, als je vorausgesehen werden konnte. Zwischen der Niederschrift dieses Artikels und der Lesung der Korrektur hat sich manches, was im Artikel vorausgesagt wurde, bewahrheitet. Englands Politik arbeitet wie bisher mit zwei Mitteln. Die militärischen Kräfte werden verstärkt; Torpedo-Flotillen, Kreuzer, Flugzeuge und Flugzeugschiffe, Fußtruppen und Artillerie gehen nach China ab oder sind dort schon eingetroffen. Aber man merkt deutlich, wie gering das Vertrauen in diese Mittel ist. Ihre Anwendung ist nur Demonstration. England will nicht fechten, weil es nicht fechten kann; es wird dem kriegerischen Konflikt so lange wie nur irgend möglich aus dem Wege gehen. Endlich hat Chamberlain begriffen, daß die militärischen Provokationen einen Krieg auslösen müßten, der wahrlich kein Kolonialkrieg mehr wäre, wie bis dahin alle englischen Kriege in China waren; daß er vielmehr zu einem Weltkrieg werden müßte, in dessen Verlauf leicht „The day of the Saxon“ anbrechen könnte. Aber diese Demonstration zeigt wieder die innerliche Feigheit der englischen Politik. Man hält von Kanonen und Gewehren nicht allzuviel; aber man muß die Geste machen, um die immer ungestümer drängenden Kriegshezer im eigenen Lager zu beruhigen. Was in dieser Hinsicht eine Polemik im „Economist“ aufdeckt, zeigt die ungeheure Gefahr, welche diese engstirnigen Kolonialpolitiker für den Weltfrieden bieten. Aber auch dann noch, als bloße Demonstration, wird diese Truppenmacht gefährlich. Gewehre in Shanghai gehen nicht immer nur auf Befehl aus London los!

Was aber schwerer wiegt, das ist das Verhalten der Diplomatie. Plötzlich findet die englische Politik ihren alten Grundsatz wieder: Anerkennen, was ist! Der Gesandte Locker Lampson verhandelt mit der Kanton-Regierung um ihre Anerkennung; man sucht nur noch, mit dieser Anerkennung China gleichzeitig in zwei bis drei Teile zu zerreißen; der Süden soll unabhängig sein; Mittelchina und der Norden sollen englisch-japanisches Protektorat bleiben. Eine Zwischenlösung, die Kanton vielleicht annehmen wird, um Kräfte sammeln zu können, die aber gar keine Aussicht auf Bestand hat. Und nicht zuletzt: England will in der Zollfrage, in denen der Extritorialität und der Konsularjurisdiktion nachgeben — und das bedeutet ungeheuer viel. Es ist die grundsätzliche Liquidation der kapitalistisch-europäischen Vorherrschaft, wenn auch die praktische Erfüllung noch lange auf sich warten lassen wird. Aber England handelt.

Zwei Fragen tauchen auf: Warum hat die Schweiz gewartet, um selbst diese Politik einzuschlagen? Für ihre Volkswirtschaft hätte das von größter Bedeutung werden können. Sie hat selbst einen Freundschaftsvertrag mit China abgeschlossen, der auf den gleichen Vorrechten basiert. Sie werden fallen müssen; darüber ist kein Zweifel

möglich. Zu rechter Zeit ein unhaltbares Vorrecht aufgeben, ist gute Politik, die sich zudem noch bezahlt gemacht hat. Der englische Handel ist im letzten Jahre in China katastrophal zurückgegangen; geradezu sprunghaft vorgeschossen ist der deutsche. Und Deutschland besitzt in China keine Vorrechte mehr, keine Extraterritorialität, keine Konsularjurisdiktion, keinen Soldaten! Wir aber glauben, es sei besser, wir machen das Unrecht mit. Das ist sehr unklug. Unsere Industrie, vor allem die Maschinenindustrie, hätte Arbeit finden können. Aber bei uns macht die Politik die Wirtschaft.

Und die andere Frage: Wo bleibt die Internationale? Als ich vor Monaten einem hervorragenden Vertreter der Internationale davon sprach, wir müßten unbedingt die Anerkennung Kantons, die Aufhebung der Verträge, die Gleichberechtigung verlangen, da bezeichnete er das als zu weitgehend. Und heute macht das kapitalistisch-konservative Regime Englands die Politik, welche die Internationale der Arbeiter als zu weitgehend empfand! Haben wir denn niemanden, der im Vertrauen auf die Grundsätze der sozialistischen Arbeiterschaft zu solchen Fragen Stellung zu nehmen vermag, ehe das kapitalistische Bürgertum uns die Selbstverständlichkeit unserer Forderungen bewies? Ich betone, daß eine aktive und mutige Politik der Internationale in Ostasien immer mehr aus dem Lebensbedürfnis der europäischen Arbeiter gefordert werden muß.

E. R.

Die modernen Entwicklungstendenzen der Kommunalwirtschaft*.

Von Dr. Marcus Gittermann, Zürich.

I.

Schon lange vor dem Kriege haben Fachmänner (Lindemann, Schiff u. a.) die veraltete Form der Gemeindebetriebe kritisiert und besonders den Umstand bemängelt, daß die Munizipalitäten die Schablonen der allgemeinen Verwaltung mit ihrer schwerfälligen Bureautechnik und kameralistischen Buchführung in rein mechanischer Weise auf die Leitung der „gewerblichen“ Betriebe angewendet hätten. Schon damals wurde die Frage der organisatorischen Umgestaltung der Gemeindeunternehmungen an die Tagesordnung gesetzt und folgender Überzeugung Ausdruck gegeben: „Abhilfe bringt die Ausscheidung werbender Betriebe aus der Verwaltung und ihre Weiterführung in Form einer juristischen Person nach dem Handelsgesetzbuch¹⁾.“ Demnach wurde die Zweckmäßigkeit der „privaten Form“ für öffentliche Betriebe anerkannt. Und nach dem Kriege traten finanzielle Faktoren in Erscheinung, die eine radikale Reform der Gemeindewirtschaft gebieterisch forderten.

* Vergl. „Die Entkommunalisierungsbewegung nach dem Kriege“, „Rote Revue“, November 1926.

¹⁾ Elektrotechnische Zeitschrift vom 12. Februar 1914.